



Landtag NRW Frank Sichau MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
44221 Düsseldorf
Büro: E 6, C 89
Tel. (0211) 884 - 0
Tel. (0211) 884 – 2294 (Durchwahl)

Herne, 29. März 2006

Frank Sichau: Schulministerin bricht vollmundige Versprechen zu Lasten der Kommunen / ALG II-Bezieher müssen Lernmittel zahlen

Als einen "ungeheuren Vertrauensmissbrauch und skandalösen Wortbruch" bezeichnete der Herner Landtagsabgeordnete Frank Sichau die Absichten des nordrhein-westfälischen Schulministeriums alle ALG II-Empfänger zukünftig nicht mehr gesetzlich vom Eigenanteil an den Lernmitteln zu befreien. "Die Menschen, die ohnehin am Existenzminimum leben, haben auf die Zusagen der Schulministerin vertraut. Sie stehen jetzt mit leeren Händen da, wenn die Stadt Herne als Haushaltssicherungsgemeinde die Kosten für die Schulbücher nicht übernehmen kann", sagte Sichau. "Das bedeutet im Klartext: Schulministerin Barbara Sommer schiebt den schwarzen Peter den Kommunen zu." Verschieben von Verantwortung auf andere - das ist der Politikstil der Regierung Rüttgers.

Das nordrhein-westfälische Schulministerium hatte am 16. August 2005 vollmundig in einer Pressemitteilung verkündet, dass Ministerin Barbara Sommer zum "Wohle der Schülerinnen und Schüler" eine einvernehmliche Lösung mit den kommunalen Spitzenverbänden für die Befreiung der ALG II-Bezieher von den Lernmittelkosten erreicht habe. Auch auf eine Kleine Anfrage antwortete das Schulministerium noch am 25. Januar 2006: "Die Landesregierung hält an ihrer Absicht fest, im Bereich der Lernmittelfreiheit die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II gesetzlich von der Zahlung des Eigenanteils zu befreien." (Landtagsdrucksache 14 /1125)

Davon allerdings ist im geplanten Schulgesetz keine Rede mehr. "Im Gegenteil: Die Stadt wird mit den Kosten für die Lernmittel der rund 11. 000 ALG II-Bezieher in Herne allein gelassen", so Sichau. Denn die Landesregierung plant, gesetzlich zu verankern, dass die Befreiung der ALG II-Empfänger von den Lernmittelkosten künftig ohne Ausgleichszahlungen von Seiten des Landes in der Verantwortung der Kommunen liegen soll.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung
Ulrich Glienke
Mitarbeiter Pressearbeit